

Anlage 3

Darstellung und Bewertung der zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 73479/08 –Arbeitstitel: „Oberer Wichheimer Kirchweg in Köln- Holweide – eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) wurde im Rahmen eines Aushangs im Bürgeramt Mülheim vom 15.02.2018 bis zum 02.03.2018 durchgeführt. Stellungnahmen konnten bis zum 09.03.2018 abgegeben werden. Es sind 396 Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit bis zum 28.03.2018 eingegangen.

Nachfolgend werden die eingegangenen Stellungnahmen fortlaufend nummeriert. Daran anschließend werden in Übereinstimmung mit der laufenden Nummerierung die Inhalte der Stellungnahmen sowie ihre Berücksichtigung im weiteren Verfahren dargestellt. Bei inhaltlich gleichen Stellungnahmen wird auf die jeweilige erste Stellungnahme der Verwaltung verwiesen.

Aus Datenschutzgründen werden keine personenbezogenen Daten (Name und Adresse) aufgeführt. Den Fraktionen der zuständigen Bezirksvertretung, des Stadtentwicklungsausschusses und des Rates wird eine vollständige Übersicht der Absender der Stellungnahmen zur Verfügung gestellt.

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
1	07.03.2018/ 09.03.2018		
1.1	<u>Allgemeine Bedenken</u> Hinweis auf erhebliche Bedenken gegen die geplante Aufhebung des Bebauungsplans.	Kenntnisnahme	
1.2	<u>Verfahren</u> Beschwerde über nicht ordnungsgemäße Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit. Das Planungskonzept sei bisher für das Publikum nicht zu allen angegebenen Zeiten zugänglich.	Nein	Das Informationsplakat hing für die Dauer von zwei Wochen zu den üblichen Öffnungszeiten im Bezirksrathaus aus. Es gab leider unstimme Auskünfte über die genaue Stelle des einsehbaren Plakats im Empfangsbereich des Foyers durch das Servicepersonal. Nach den ersten Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern wurde dieses Problem innerhalb der ersten zwei Tage behoben. Die geschilderten Probleme führen allerdings nicht zu einem Verfahrensfehler. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde gemäß § 3 Absatz 1 BauGB rechtzeitig bekanntgemacht. Es obliegt der plangebenden Gemeinde in welcher Form, dieser Betei-

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
			<p>ligungsschritt durchgeführt wird. Dabei wird vom BauGB auch kein Zeitraum vorgegeben.</p>
1.3	<p><u>Flüchtlingsunterbringung allgemein</u> Hinweis, dass nicht die Absicht besteht, die Unterbringung von Flüchtlingen in der Nähe des Wohnortes zu verhindern. Vorschlag, die Unterbringungsanzahl zu reduzieren, um eine Integration der Menschen vor Ort zu ermöglichen.</p> <p>Zudem seien die geplanten Wohnblöcke in städtebaulicher und landschaftsgestaltender Hinsicht massive Fremdkörper.</p>	Nein	<p>Die konkrete Planung der Flüchtlingsunterkünfte ist nicht Gegenstand dieser Bauleitplanung, sondern lediglich Anlass der Aufhebung des Bebauungsplans. Mit der Aufhebung werden unter anderem die Voraussetzungen für eine Genehmigung der temporären Flüchtlingsunterkünfte für einen Zeitraum länger als drei Jahre geschaffen.</p>
1.4	<p><u>Lage der Wohngebiete allgemein</u> Hinweis, dass das Bebauungsplangebiet nicht im Norden, sondern im Süden des Stadtteils Holweide im Bezirk Köln-Mülheim liegt.</p>	Ja	<p>Der Hinweis wird im nachfolgenden Verfahren berücksichtigt.</p>
1.5	<p><u>Insellage der Wohngebiete</u> Hinweis, dass die Wohngebiete „Siedlung Schlagbaum“ und „Siedlung Wichheimer Kirchweg“ sich durch ihre „Insellage“ am Rand des Stadtbezirks auszeichnen. Mit dem Ortskern von Holweide besteht kein baulicher Zusammenhang.</p>	Nein	<p>Der Stadtteil Holweide ist geprägt durch mehrere Siedlungsschwerpunkte, die begrenzt sind durch größere Straßen, zusammenhängende Grün- und Freiflächen oder gewerbliche Flächen. Dies ist eine im europäischen Raum durchaus übliche Siedlungsstruktur und damit nicht ungewöhnlich, dass die hier genannten Wohngebiete keinen direkten baulichen Zusammenhang zum Ortskern haben. Die Bezeichnung „Insellage“ suggeriert eine gewisse räumliche Isolation, die z.B. durch für Fußgänger kaum überwindbare Raumbarrieren wie Autobahnabschnitte, mehrglei-</p>

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
			sige Bahnstrecken oder große Gewässer erzeugt wird. Dies ist hier nicht vorhanden. Auch die verhältnismäßig gute Erreichbarkeit durch ÖPNV (z.B. Bus) und Auto oder Fahrrad spricht gegen eine besonders isolierte Lage.
1.6	<p><u>Baugenehmigung Flüchtlingsunterkünfte</u> Hinweis, dass bereits jetzt mit bauvorbereitenden Erdarbeiten begonnen wird, obwohl das Aufhebungsverfahren noch nicht abgeschlossen worden ist und eine Baugenehmigung noch nicht erteilt worden ist. Frage, ob die Aufhebung des Bebauungsplans notwendig ist.</p>	Nein	Die geplanten Flüchtlingsunterkünfte sind mit noch rechtskräftigem Bebauungsplan nach § 246 Absatz 12 BauGB befristet auf längstens drei Jahre genehmigungsfähig. Ein Baugenehmigungsverfahren wurde zeitlich parallel - aber unabhängig zum Bebauungsplanverfahren - durchgeführt. Die erwähnten bauvorbereitenden Erdarbeiten sind genehmigungsfrei. Die Aufhebung des Bebauungsplanverfahrens wird angestrebt, um die Voraussetzung für eine Genehmigung der mobilen Flüchtlingsunterkünfte länger als drei Jahre zu schaffen.
1.7	<p><u>Auswirkungen der Aufhebung</u> Bedenken, dass weit über den Anlass der beabsichtigten Maßnahme hinaus die Gefahr einer regellosen Bebauung im Aufhebungsgebiet, schwierige Erschließungsverhältnisse und bewältigungsbedürftige Immissionskonflikte nach sich gezogen werden.</p>	Teilweise	Um negative Auswirkungen der Aufhebung des Bebauungsplans zu minimieren, wird der Geltungsbereich der Aufhebung im weiteren Verfahren reduziert und auf die Flächen beschränkt, die für die Flüchtlingsunterbringung und alle in diesem Zusammenhang stehenden Nutzungen notwendig sind.
1.8	<p><u>Neues Planrecht</u> Forderung nach Aufstellung eines neuen Bebauungsplans, um die öffentlichen und privaten Belange gerecht abwägen zu können (vgl. OVG Münster, BauR 2015, 65).</p>	Nein	Die Aufhebung eines Bebauungsplans unterliegt den gleichen Verfahrensanforderungen wie einer Neuaufstellung. Hierzu gehört auch die Abwägung der unterschiedlichen Belange.
1.9	<p><u>Abwägung</u> Befürchtung, dass bereits bei der Aufstellung wichtige Gesichtspunkte nicht erkannt und berücksichtigt worden sind.</p>	Nein	Die Einleitung des Aufhebungsverfahrens stellt lediglich den Start des Bebauungsplanverfahrens dar. Zu diesem Verfahrensstand ist es nicht ungewöhnlich, dass noch nicht alle planungsrelevanten Gesichtspunkte vollständig ermittelt sind und damit noch nicht berücksichtigt werden konnten. Das daran anschließende Verfahren dient mit den verschiedenen Beteiligungsschritten dazu, bis zum Satzungsbeschluss weitere Informationen und Argumente

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
			zu sammeln, diese auszuwerten und in die Abwägung einzubeziehen.
1.10	<p><u>Grünfläche</u> Hinweis, dass trotz der nicht realisierten Stadtbahntrasse und des Grünstreifens, die Anlage des Pflanzschutzstreifens nicht hinfällig geworden ist.</p>	Nein	Es wird leider nicht klar formuliert, welcher Pflanzschutzstreifen gemeint ist. Im Bebauungsplan sind entlang der Ostmerheimer Straße sowie zwischen öffentliche Grünfläche und den rückwärtigen Grundstücksbereichen der Wohnbebauung am Wichheimer Kirchweg eine „Schutzpflanzung“ festgesetzt. Diese sind bereits umgesetzt.
1.11	<p><u>Umwelt</u> Hinweis, auf die Belange des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes zur Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Verbindung mit den vorgegebenen Immissionsgrenzwerten der Europäischen Union.</p>	Ja	Belange des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes werden gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB im weiteren Verfahren untersucht und bewertet.
1.12	<p><u>Frischluftschneise</u> Befürchtung, dass durch die zweigeschossige Bebauung die Luftzirkulation abgeriegelt und gestört wird. Auf die Überschreitung von Immissionsrichtwerten und auf eine Klimauntersuchung im Auftrag der GEW AG Köln wird hingewiesen. In dieser Frischluftschneise bis zu 400 Menschen anzusiedeln, gehe nicht an.</p>	Teilweise	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans. Daher sind zwar allgemein im Verfahren die Auswirkungen der Aufhebung auf die Belange Luft und Klima zu überprüfen, jedoch kann nicht konkret auf das Bauvorhaben abgestellt werden, das einem bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren unterstellt ist.
1.13	<p><u>Bewohnerstrukturen</u> Befürchtung, dass bei ca. 400 Flüchtlingen oder Asylberechtigenden im Verhältnis zu einer deutlich geringeren Zahl von Bewohnern die Erhaltung einer sozial stabilen Bewohnerstruktur gefährdet ist.</p>	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
1.14	<p><u>Zufahrt und Versorgung</u> Hinweis, dass sowohl gesicherte Zufahrten als auch eine zumutbare verkehrstechnische Anbindung an die Versorgungszentren Holweide und Merheim fehlen.</p>	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
2	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
3	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
4	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
5	07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
6	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
7	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
8	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
9	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
10	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
11	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
12	07.03.2018/ 12.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
13	07.03.2018/ 12.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
14	07.03.2018/ 12.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
15	07.03.2018/ 12.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
16	07.03.2018	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1 – 1.14		
17	09.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
18	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
19	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
20	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
21	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
22	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
23	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
24	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
25	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
26	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
27	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
28	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
29	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
30	07.03.2018(07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
31	07.03.2018/ 07.03.2018	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1 – 1.14		
32	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
33	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
34	05.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
35	05.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
36	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
37	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
38	07.03.2018(09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
39	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
40	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
41	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
42	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
43	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
44	07.03.2018/ 12.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
45	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
46	07.03.2018/ 08.03.2018	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1 – 1.14		
47	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
48	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
49	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
50	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
51	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
52	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
53	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
54	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
55	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
56	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
57	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
58	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
59	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
60	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
61	07.03.2018/ 09.03.2018	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1 – 1.14		
62	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
63	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
64	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
65	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
66	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
67	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
68	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
69	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
70	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
71	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
72	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
73	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
74	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
75	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
76	07.03.2018/ 08.03.2018	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1 – 1.14		
77	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
78	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
79	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
80	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
81	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
82	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
83	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
84	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
85	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
86	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
87	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
88	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
89	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
90	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
91	07.03.2018/ 08.03.2018	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1 – 1.14		
92	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
93	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
94	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
95	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
96	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
97	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
98	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
99	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
100	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
101	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
102	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
103	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
104	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
105	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
106	07.03.2018/ 08.03.2018	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1 – 1.14		
107	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
108	07.03.2018/08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
109	07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
110	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
111	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
112	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
113	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
114	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
115	07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
116	07.03.2018/ 09:03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
117	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
118	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
119	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
120	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
121	07.03.2018/ 08.03.2018	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1 – 1.14		
122	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
123	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
124	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
125	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
126	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
127	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
128	07.03.2018/08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
129	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
130	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
131	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
132	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
133	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
134	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
135	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
136	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
137	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
138	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
139	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
140	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
141	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
142	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
143	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
144	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
145	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
146	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
147	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
148	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
149	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
150	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
151	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
152	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
153	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
154	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
155	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
156	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
157	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
158	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
159	05.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
160	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14 (mit Anlage „Leserbrief an Kölner Stadtanzeiger vom 01.06.2017 zur Info-Veranstaltung vom 15.05.2017“ mit ähnlichen Bedenken und Anregungen)	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
161	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
161.1	Preisverfall Häuser Befürchtung, dass durch Preisverfall der Häuser die Altersversorgung schwindet.	Nein	Es ist nicht nachvollziehbar, ob die befürchtete Wertminderung auf erstens - die Entziehung des Planungsrechts oder zweitens - die Entstehung der Flüchtlingsunterkünfte in der Nachbarschaft zurückgeführt wird. Zu erstens: Der Geltungsbereich der Aufhebung wird im weiteren

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
			<p>Verfahren auf die Flächen beschränkt, die für die Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte benötigt werden, so dass sich planungsrechtlich für die Wohnbebauung nichts verändert. Der Geltungsbereich der Teilaufhebung wird demnach Teilflächen der öffentlichen Grünfläche nordöstlich der Stadtbahnfläche umfassen sowie der nicht weiter benötigten Trasse für eine Stadtbahnverlängerung und der daran angrenzenden Flächen für Schutzpflanzungen entlang der Ostmerheimer Straße.</p> <p>Zu zweitens: Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung.</p>
162	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
162.1	<p><u>Belastung</u> Befürchtung, dass durch die zunehmende Umweltbelastung und durch die enge Belegung mit 400 Personen in Verbindung mit der unzureichenden Infrastruktur es aus kinder- und jugendpsychiatrischer Sicht problematisch werden dürfte.</p>	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung.
163	07.03.2018/ 12.03.2018		
163.1	<p><u>Allgemeine Bedenken</u> Siehe 1.1</p>	Siehe 1.1	Siehe 1.1
163.2	<p><u>Bewohnerstrukturen</u> Siehe 1.13</p>	Siehe 1.13	Siehe 1.13
163.3	<p><u>Zufahrt und Versorgung</u> Siehe 1.14</p>	Siehe 1.14	Siehe 1.14
163.4	<p><u>Flüchtlingsunterbringung allgemein</u> Siehe 1.3 und zusätzlich: Hinweis, dass die Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft für 400 Personen eine unzumutbare Belastung für die Region darstellt und dies den Anwohnern große Sorgen be-</p>	Siehe 1.3	Siehe 1.3

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>reitet. Massenunterkünfte in dieser Dimension seien erwiesenermaßen sowohl für Bewohner als auch für das Betreuungspersonal ungeeignet. Die gesamte Infrastruktur des Plangebiets sei nicht in der Lage, diese große Anzahl an zusätzlichen Menschen aufzunehmen. Vorschlag, die Geflüchteten in kleineren Einheiten an mehreren Orten verteilt unterzubringen. Verweis auf eine im Kölner Stadtanzeiger veröffentlichte Abbildung, die zeige, dass die Stadt wesentlich mehr Grundstücke besitzt, als sie bekannt gibt.</p>		
163.5	<p><u>Verfahren</u> Siehe 1.2</p>	Siehe 1.2	Siehe 1.2
163.6	<p><u>Lage der Wohngebiete allgemein</u> Siehe 1.4</p>	Siehe 1.4	Siehe 1.4
163.7	<p><u>Insellage der Wohngebiete</u> Siehe 1.5</p>	Siehe 1.5	Siehe 1.5
163.8	<p><u>Frischluftschneise</u> Befürchtung, dass bestehende Gutachten zu der dringend benötigten Frischluftschneise bedeutungslos geworden sind.</p>	Siehe 1.12	Siehe 1.12
163.9	<p><u>Grün- und Freiflächen</u> Verweis auf die wichtige Bedeutung von Grün- und Spielflächen für die Bewohner. Kritik, dass in den Geltungsbereich der Aufhebung diese Flächen mit einbezogen sind.</p>	Ja	<p>Der Geltungsbereich der Aufhebung wird im weiteren Verfahren auf die Flächen beschränkt, die für die Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte benötigt werden, so dass die übrigen öffentlich zugänglichen Freiflächen sowie Spielflächen weiterhin planungsrechtlich gesichert sind. Der Geltungsbereich der Teilaufhebung wird demnach Teilflächen der öffentlichen Grünfläche nordöstlich der Stadtbahnfläche, der nicht weiter benötigten Trasse für eine Stadtbahnverlängerung sowie der daran angrenzenden Flächen für Schutzpflanzungen entlang der Ostmerheimer Straße umfassen.</p>

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
163.10	<p><u>Umwelt</u> Siehe 1.11 und zusätzlich: Hinweis, dass nicht nur am Clevischen Ring sowie auf der Bergisch-Gladbacher Straße, sondern auch im Bereich des Plangebiets aufgrund der unmittelbaren Nähe zu zwei Autobahnen, die Bewohner ganz besonders auf die Natur angewiesen sind.</p>	Siehe 1.11	Siehe 1.11
163.11	<p><u>Aufhebung</u> Hinweis, dass die Aufhebung des Bebauungsplanes für diese Maßnahme nicht gerechtfertigt ist. Eine anschließende Bebauung nach den §§ 34 oder 35 BauGB berge die Gefahr einer regellosen Bebauung im Aufhebungsgebiet, schwierige Erschließungsverhältnisse und bewältigungsbedürftige Immissionskonflikte. Diesen Gefahren kann man nur durch die formgerechte Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes begegnen.</p>	Teilweise	<p>Der Geltungsbereich der Aufhebung wird im weiteren Verfahren auf die Flächen beschränkt, die für die Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte benötigt werden, so dass die übrigen Flächen weiterhin planungsrechtlich gesichert sind. Allerdings ist grundsätzlich die Befürchtung zurückzuweisen, dass eine Bebauung nach § 34 oder § 35 BauGB „regellos“ erfolgt. Vorhaben unterliegen auch innerhalb dieses Zulässigkeitsrahmens vielfältigen gesetzlichen und normativen Regelungen und Maßgaben, dessen Einhaltung im bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren nachzuweisen sind. Auch für die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften wurde ein Baugenehmigungsverfahren durchgeführt.</p> <p>Die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans für die Fläche könnte ggf. erforderlich und sinnvoll sein, um nach Aufgabe der temporären Nutzung langfristig an dieser Stelle einen Lückenschluss des Siedlungsrandes zu schaffen, wie er bereits im Flächennutzungsplan dargestellt ist.</p>
164	07.03.2018/ 06.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
165	05.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
166	05.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
167	05.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
168	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
169	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
170	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
171	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
172	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
173	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
174	07.03.2018/ 12.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
175	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
176	07.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
177	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
178	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
179	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
180	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
181	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
182	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
183	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
184	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
185	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
186	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
187	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
188	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
189	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
190	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
191	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
192	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
193	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
194	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
195	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
196	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
197	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
198	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
199	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
200	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
201	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
202	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
203	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
204	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
205	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
206	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
207	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
208	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
209	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
210	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
211	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
212	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
213	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
214	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
215	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
216	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
217	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
218	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
219	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
220	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
221	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
222	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
223	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
224	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
225	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
226	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
227	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
228	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
229	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
230	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
231	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
232	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
233	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
234	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
235	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
236	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
237	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
238	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
239	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11	Siehe 163.1 – 163.11
240	07.03.2018/ 08.03.2018		
240.1	<u>Allgemeine Bedenken</u> Siehe 1.1	Siehe 1.1	Siehe 1.1
240.2	<u>Lage der Wohngebiete allgemein</u>	Siehe 1.4	Siehe 1.4

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.4		
240.3	<u>Insellage der Wohngebiete</u> Siehe 1.5	Siehe 1.5	Siehe 1.5
240.4	<u>Bewohnerstrukturen</u> Siehe 1.13	Siehe 1.13	Siehe 1.13
240.5	<u>Zufahrt und Versorgung</u> Siehe 1.14	Siehe 1.14	Siehe 1.14
240.6	<u>Verfahren</u> Siehe 1.2	Siehe 1.2	Siehe 1.2
240.7	<u>Umwelt</u> Siehe 1.11 und 163.10	Siehe 1.11 und 163.10	Siehe 1.11 und 163.10
240.8	<u>Frischluftschneise</u> Kritik, dass mit der Bebauung von Flüchtlingsunterkünften eine wichtige Frischluftschneise „geopfert“ worden ist und durch die Aufhebung des Bebauungsplans weitere Gebiete „zugebaut“ werden könnten.	Teilweise	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung. Das Vorhaben unterlag einem bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren. Im Übrigen wird im weiteren Verfahren der Geltungsbereich der Aufhebung auf die Flächen beschränkt, die für die Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte benötigt werden, so dass die verbleibenden Flächen (hierzu gehören auch nicht bebaubare Freiflächen) weiterhin planungsrechtlich gesichert sind. Der Geltungsbereich der Teilaufhebung wird demnach Teilflächen der öffentlichen Grünfläche nordöstlich der Stadtbahnfläche, der nicht weiter benötigten Trasse für eine Stadtbahnverlängerung sowie der daran angrenzenden Flächen für Schutzpflanzungen entlang der Osterheimer Straße umfassen.
240.9	<u>Grün- und Spielflächen</u> Befürchtung, dass weitere Grünflächen, inklusive Bolzplätze und Kinderspielflächen der Planung „zum Opfer fallen“ könnten.	Ja	Der Geltungsbereich der Aufhebung wird im weiteren Verfahren auf die Flächen beschränkt, die für die Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte benötigt werden, so dass sich planungsrechtlich für die übrigen Flächen nichts verändert. Der Geltungsbereich der Teilaufhebung wird demnach Teilflächen der öffentlichen Grünfläche nordöstlich der Stadtbahnfläche, der nicht weiter benötigten Trasse für eine Stadtbahnverlängerung sowie der daran an-

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
			grenzenden Flächen für Schutzpflanzungen entlang der Ostmerheimer Straße umfassen.
240.10	Flüchtlingsunterbringung allgemein Siehe 1.3 und 163.4	Siehe 1.3 und 163.4	Siehe 1.3 und 163.4
240.11	Aufhebung Siehe 163.11	Siehe 163.11	Siehe 163.11
240.12	Abwägung Siehe 1.9	Siehe 1.9	Siehe 1.9
241	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
242	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
243	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
244	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
245	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
246	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
247	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
248	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
249	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
250	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
251	07.03.2018/ 09.03.2018	Siehe 240.1 –	Siehe 240.1 – 240.12

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 240.1 – 240.12	240.12	
252	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
253	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
254	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
255	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
256	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
257	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
258	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
259	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
260	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
261	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
262	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
263	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
264	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
265	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
266	07.03.2018/ 08.03.2018	Siehe 240.1 –	Siehe 240.1 – 240.12

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 240.1 – 240.12	240.12	
267	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
268	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
269	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
270	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
271	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
272	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
273	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
274	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
275	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
276	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
277	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
278	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
279	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
280	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
281	07.03.2018/ 08.03.2018	Siehe 240.1 –	Siehe 240.1 – 240.12

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 240.1 – 240.12	240.12	
282	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
283	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
284	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
285	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
286	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
287	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
288	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
289	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
290	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
291	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
292	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
293	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
294	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
295	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
296	07.03.2018/ 08.03.2018	Siehe 240.1 –	Siehe 240.1 – 240.12

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 240.1 – 240.12	240.12	
297	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
298	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
299	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
300	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
301	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
302	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
303	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
304	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
305	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
306	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
307	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
308	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
309	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
310	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
311	07.03.2018/ 12.03.2018	Siehe 240.1 –	Siehe 240.1 – 240.12

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 240.1 – 240.12	240.12	
312	07.03.2018/ 12.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
313	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
314	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
315	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
316	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
317	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
318	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
319	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
320	07.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
321	07.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
322	07.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
323	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
324	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
325	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
326	05.03.2018/ 06.03.2018 und	Siehe 1.6, 1.8,	Siehe 1.6, 1.8, 1.10 und 240.1 – 240.12

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	06.03.2018/ 06.03.20 18 Siehe 1.6, 1.8, 1.10 und 240.1 – 240.12	1.10 und 240.1 – 240.12	
326.1	<u>Integration</u> Hinweis, dass die städtische Planung kurzsichtig ist und so „Ghettos“ entstehen. Verweis auf eigene berufliche Erfahrungen mit Integration von Schülern aus 24 verschiedenen Nationen.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung.
326.2	<u>Frischluftschneise</u> Hinweis auf vorliegende Gutachten: – Abschlussbericht der Klimauntersuchung im Auftrage der GEW AG, Köln vom Juni 1995 – Thermalscanner-Befliegung, beauftragt von Herrn Dr. Rossa, Oberstadtdirektor (1977-1989) – Gutachten/ Veröffentlichungen auf der Internetseite der Stadt Köln z.B. Auszug aus dem UVP-Bewertungshandbuch inklusive synthetische Klimafunktionskarte – Studie der TH Köln von Prof. Dr. Markus Ottersbach und Petra Wiedemann von 2017	Kenntnisnahme	Belange des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes werden gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB im weiteren Verfahren bewertet und berücksichtigt. Hierzu gehört auch die klimatische Funktion der öffentlichen Grünfläche. Da es sich lediglich um eine Aufhebung des Bebauungsplans handelt, werden jedoch nicht die Auswirkungen der Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften auf die klimatische Funktion dieser Fläche betrachtet.
326.3	<u>Immissionen Heizkraftwerk</u> Kritik, dass die Flüchtlinge zukünftig den Immissionen des Heizkraftwerkes ausgesetzt sind.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung. Ob gesunde Wohnverhältnisse gewährleistet sind, wurde im Rahmen der Baugenehmigung geprüft.
326.4	<u>Aufhebung</u> Frage nach dem Grund und die Berechtigung den Bebauungsplan aufzuheben. Zweifel, ob die Aufhebung des Bebauungsplans zur Umsetzung der Beschlüsse des Rates und des Hauptausschusses notwendig sei.	Teilweise	Die geplanten Flüchtlingsunterkünfte sind mit noch rechtskräftigem Bebauungsplan nach § 246 Absatz 12 BauGB befristet auf längstens drei Jahre genehmigungsfähig. Ein Baugenehmigungsverfahren wurde zeitlich parallel - aber unabhängig zum Bebauungsplanverfahren - durchgeführt. Die Aufhebung des Bebauungsplanverfahrens wird angestrebt, um die Voraussetzung für eine Genehmigung der mobilen Flüchtlingsunterkünfte länger als drei Jahre zu schaffen.

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
			Der Geltungsbereich der Aufhebung wird im weiteren Verfahren auf die Flächen beschränkt, die für die Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte benötigt werden, so dass sich planungsrechtlich für die übrigen Flächen nichts verändert. Der Geltungsbereich der Teilaufhebung wird demnach Teilflächen der öffentlichen Grünfläche nordöstlich der Stadtbahnfläche, der nicht weiter benötigten Trasse für eine Stadtbahnverlängerung sowie der daran angrenzenden Flächen für Schutzpflanzungen entlang der Ostmerheimer Straße umfassen.
326.5	Baugenehmigung Fragen zur bauvorbereitenden Erdarbeiten, zur nächtlichen Beleuchtung bzw. Videoüberwachung des Baustellengeländes, zu ausführenden Firmen von Tiefbauarbeiten und zur Beauftragung der Bauarbeiten.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung.
326.6	Alternativstandort Vorschlag, alternativ das Gelände der ehemaligen Baumwollbleicherei in Holweide für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen, da es hervorragend angebunden ist an ÖPNV und Infrastruktur.	Nein	Das Gelände der ehemaligen Baumwollbleicherei ist in privater Hand. Es existieren konkrete Entwicklungsabsichten eines Investors und steht somit der Stadt nicht zur Verfügung.
327	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.5, 240.8 und 240.10	Siehe 240.1 – 240.5, 240.8 und 240.10	Siehe 240.1 – 240.5, 240.8 und 240.10
327.1	Planung Flüchtlingsunterkünfte Forderung, dass das gesamte Konzept noch einmal überdacht und von Grund auf „neu gefasst“ werden soll.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung.
328	07.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 240.1 – 240.5, 240.8, 240.10 und 327.1	Siehe 240.1 – 240.5, 240.8, 240.10 und 327.1	Siehe 240.1 – 240.5, 240.8, 240.10 und 327.1

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
329	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.4 -1.8 und 163.10	Siehe 1.1, 1.2, 1.4 -1.8 und 163.10	Siehe 1.1, 1.2, 1.4 -1.8 und 163.10
330	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.4 -1.8 und 163.10	Siehe 1.1, 1.2, 1.4 -1.8 und 163.10	Siehe 1.1, 1.2, 1.4 -1.8 und 163.10
331	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.4 -1.8 und 163.10	Siehe 1.1, 1.2, 1.4 -1.8 und 163.10	Siehe 1.1, 1.2, 1.4 -1.8 und 163.10
332	05.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11-1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2
333	05.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2
334	05.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2
335	05.03.2018/ 09.03.2018 Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2
336	05.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2
337	22.02.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
338	05.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1, und 1.2 und 1.11	Siehe 1.1, und 1.2 und 1.11	Siehe 1.1, und 1.2 und 1.11
338.1	<u>Unterbringung der Flüchtlinge</u> Hinweis, auf menschenunwürdige Massenunterkünfte, die in keiner Weise den aktuellen Empfehlungen für den Umgang und die Integration von Flüchtlingen entspricht.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung.
339	02.03.2018/ 08.03.2018	Siehe 1.1, 1.2, 1.3,	Siehe 1.1, 1.2, 1.3, 1.13, 1.14, 163.4, 163.8- 163.10, 240.9

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1, 1.2, 1.3, 1.13, 1.14, 163.4, 163.8- 163.10, 240.9	1.13, 1.14, 163.4, 163.8- 163.10, 240.9	
340	05.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.4, 1.5, 1.6, 1.8, 1.9, 1.11, 1.13, 1.14 und 163.11		
340.1	Frage nach der Rechtsgrundlage der Aufhebung des Bebauungsplans zur Umsetzung der Beschlüsse des Rates und des Hauptausschusses.	Ja	Die Rechtsgrundlage für die Aufhebung des Bebauungsplans ist § 1 Abs.8 BauGB.
340.2	Fehlende Transparenz Verlangen nach Einsicht in das Protokoll der Ratssitzung am 17.11.2016. Verweis auf die Anwesenheit von nur 11 von 93 Ratsmitgliedern beim Beschluss zur Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte.	Ja	Das Protokoll zu dieser Sitzung ist für die Öffentlichkeit über das Ratsinformationssystem der Stadt Köln online einsehbar. Aus dem Protokoll geht hervor, dass der Rat mit ausreichend anwesenden Ratsmitgliedern zu dieser Sitzung beschlussfähig war.
340.3	Bestanddauer der Flüchtlingsunterkünfte Kritik, dass Anlagen, die ursprünglich nur temporär errichtet werden sollten, dauerhaft erhalten wurden. Dies sei hier wohl auch geplant. Bitte um konkrete Angabe, wann die Anlage wieder beseitigt wird.	Nein	Die Flüchtlingsunterkünfte sind mit noch rechtskräftigem Bebauungsplan auf Grundlage von § 246 Absatz 12 BauGB befristet auf längstens drei Jahre genehmigt worden. Die Aufhebung des Bebauungsplanverfahrens wird angestrebt, um die Voraussetzung für eine unbefristete Genehmigung der mobilen Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen.
340.4	Grünfläche Hinweis auf Bedeutung der Grünfläche in Bezug auf Immissionen des Heizkraftwerkes. Noch heute sei die Belastung konkret. Verweis auf die derzeitige Fahrverbotsdebatte und Forderung nach Berücksichtigung des Belanges Luftqualität.	Teilweise	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans. Ob gesunde Wohnverhältnisse für die Flüchtlinge gewährleistet sind, wurde im Baugenehmigungsverfahren geprüft. Im Bebauungsplanverfahren werden die Belange des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB untersucht und bewertet. Hierzu gehört auch die Bedeutung der Grünfläche im Zusammenhang mit dem Heizkraftwerk.

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
340.5	<p><u>Erscheinungsbild Flüchtlingsunterkünfte</u> Kritik am kalten und hässlichen Erscheinungsbild der Unterkünfte. Die Wohnblöcke würden von weiten Kreisen der Bevölkerung als Schandflecken bezeichnet.</p>	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
340.6	<p><u>Bedarf Flüchtlingsunterkünfte</u> Forderung, einen Nachweis des tatsächlichen Bedarfs an Flüchtlingsunterkünften in naher sowie in ferner Zukunft vorzulegen.</p> <p>Hinweis auf aktuell bundesweit 100.000 Plätze in Unterkünften, die leer stehen, viele davon in Köln und im unmittelbaren Umfeld.</p>	Nein	<p>Die grundsätzliche Entscheidung an dieser Stelle, Flüchtlingsunterkünfte zu errichten wurde im Hauptausschuss am 5.12.2016 getroffen. In der Beschlussvorlage wird der Bedarf wie folgt erläutert:</p> <p><i>Die Stadt Köln steht nach wie vor in der Verpflichtung, Köln zugewiesene Geflüchtete mit Wohnraum zu versorgen. Die Zahl unterzubringender Menschen wird weiter wachsen. Eine konkrete Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für 2016 liegt hierzu noch nicht vor. Inzwischen ist die Zahl der in Köln unterzubringenden Geflüchteten auf nunmehr rund 13.500 gestiegen.</i></p> <p><i>Um neu zugewiesenen Geflüchteten – Köln muss weiterhin 5,5 % der NRW zugewiesenen Geflüchteten aufnehmen – Unterkunft bieten zu können bzw. die in Notunterkünften, wie Turnhallen, untergebrachten Geflüchteten in reguläre Unterkünfte / Wohnheime zu verlegen, ist es dringend erforderlich, vorhandene und zusätzliche Ressourcen möglichst schnell zur Unterbringung von Geflüchteten herzurichten.</i></p>
341	05.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.4, 1.5, 1.6, 1.8, 1.9, 1.11, 1.13, 1.14, 163.11, 340.1-340.6	Siehe 1.1, 1.2, 1.4, 1.5, 1.6, 1.8, 1.9, 1.11, 1.13, 1.14, 163.11, 340.1-340.6	Siehe 1.1, 1.2, 1.4, 1.5, 1.6, 1.8, 1.9, 1.11, 1.13, 1.14, 163.11, 340.1-340.6
342	09.03.2018 Siehe 1.1, 1.6, 1.8-1.11, 1.13, 1.14	Siehe 1.1, 1.6, 1.8-1.11, 1.13, 1.14	Siehe 1.1, 1.6, 1.8-1.11, 1.13, 1.14
343	09.03.2018	Siehe 1.1, 1.6, 1.8-	Siehe 1.1, 1.6, 1.8-1.11, 1.13, 1.14

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1, 1.6, 1.8-1.11, 1.13, 1.14	1.11, 1.13, 1.14	
344	7.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1 und 1.11	Siehe 1.1 und 1.11	Siehe 1.1 und 1.11
344.1	<u>Willkür</u> Verärgerung, wie Politik und Verwaltung über die Köpfe der Bürger hinweg, sich über den Jahrzehnte alten Bebauungsplan mit ihrer Planung der Flüchtlingsunterkünfte hinwegsetzt, so wie es ihr gefällt. Über die zu erhaltende Frischluftschneise wurde seinerzeit ein AXA Bauantrag abgelehnt.	Nein	Die Flüchtlingsunterkünfte sind mit noch rechtskräftigem Bebauungsplan auf Grundlage von § 246 Absatz 12 BauGB befristet auf längstens drei Jahre genehmigt worden. Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
344.2	<u>Verkleinerung</u> Hinweis dass durch die Verkleinerung der Flüchtlingsunterkünfte die Frischluftschneise erhalten bleiben könnte.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
345	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1, 1.7, 1.11	Siehe 1.1, 1.7, 1.11	Siehe 1.1, 1.7, 1.11
345.1	<u>Verschleierung</u> Befürchtung, dass die Verwaltung Fakten absichtlich unter den Teppich kehrt und sich über Recht und Gesetz hinwegsetzt. Dafür spricht, dass ohne Baugenehmigung die geplante Maßnahme schon im vollen Gange ist.	Nein	Die Flüchtlingsunterkünfte sind mit noch rechtskräftigem Bebauungsplan auf Grundlage von § 246 Absatz 12 BauGB befristet auf längstens drei Jahre genehmigt worden.
346	07.03.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.4- 1.14 und 163.4	Siehe 1.1, 1.2, 1.4- 1.14 und 163.4	Siehe 1.1, 1.2, 1.4- 1.14 und 163.4
347	04.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1, 1.5, 1.13, 1.14	Siehe 1.1, 1.5, 1.13, 1.14	Siehe 1.1, 1.5, 1.13, 1.14
347.1	<u>Bebauung Flüchtlingsunterkünfte</u> Kritik, an der geplanten dichten Bebauung im „Ghettocharakter“.		Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
347.2	<u>Kriminalität</u> Angst um Gut und Leben durch direkte Nachbarschaft zu Flüchtlingsunterkünften. Verweis auf die Geschehnisse in der Silvesternacht.		Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
348	09.03.2018 Siehe 1.1, 1.4-1.9 und 1.12	Siehe 1.1, 1.4-1.9 und 1.12	Siehe 1.1, 1.4-1.9 und 1.12
349	07.03.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.8, 1.13, 163.10 und 163.11	Siehe 1.1, 1.2, 1.8, 1.13, 163.10 und 163.11	Siehe 1.1, 1.2, 1.8, 1.13, 163.10 und 163.11
349.1	<u>Infrastruktur</u> Hinweis, dass die gesamte Infrastruktur des betr. Gebietes die zusätzliche Bewohnerzahl nicht aufnehmen kann und sie zwecks Integration auf ein realistisches Maß reduziert werden sollte.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
350	07.03.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.8, 1.13, 163.10, 163.11 und 349.1	Siehe 1.1, 1.2, 1.8, 1.13, 163.10, 163.11 und 349.1	Siehe 1.1, 1.2, 1.8, 1.13, 163.10, 163.11 und 349.1
351	08.03.2018 Siehe 1.1	Siehe 1.1	Siehe 1.1
351.1	<u>Flüchtlingsanzahl</u> Hinweis, dass 400 Menschen anderer Nationen die dortige Bewohnerzahl deutlich übersteigt und wir mit einer solchen Masse überfordert sind. Die Integration einer solchen Menge ist unmachbar.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
351.2	<u>Busverkehr</u> Hinweis, dass im Zuge der Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften der Nahverkehr verbessert werden muss.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
351.3	<u>Bürgersteige/Radwege/Zebrastrreifen</u> Hinweis, dass das Fuß- und Radwegenetz im Zuge der Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften verbessert und über Zebrastrreifen Querungen gefahrenfrei auch für Kinder möglich gemacht wird.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
352	09.03.2018 Siehe 1.6 und 1.12 (unter Nr. 5 bereits hervorgebrachte Bedenken)	Siehe 1.6 und 1.12	Siehe 1.6 und 1.12
352.1	Siehe 347.2	Siehe 347.2	Siehe 347.2
353	05.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.2, 1.4, 1.5, 1.7-1.9, 1.13, 1.14, 163.4 und 163.10	Siehe 1.2, 1.4, 1.5, 1.7-1.9, 1.13, 1.14, 163.4 und 163.10	Siehe 1.2, 1.4, 1.5, 1.7-1.9, 1.13, 1.14, 163.4 und 163.10
354	05.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.2, 1.4, 1.5, 1.7-1.9, 1.13, 1.14, 163.4 und 163.10	Siehe 1.2, 1.4, 1.5, 1.7-1.9, 1.13, 1.14, 163.4 und 163.10	Siehe 1.2, 1.4, 1.5, 1.7-1.9, 1.13, 1.14, 163.4 und 163.10
355	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1, 1.7, 1.8, 1.12- 1.14, 163.4	Siehe 1.1, 1.7, 1.8, 1.12- 1.14, 163.4	Siehe 1.1, 1.7, 1.8, 1.12- 1.14, 163.4
355.1	<u>KVB-Trasse</u> Forderung auf Einsichtnahme der schriftlichen Stellungnahme der KVB betreffend den Verzicht auf die damals geplante Trassenführung. Dass diese Trasse nicht mehr benötigt wird, wird bezweifelt.		Es liegt eine schriftliche Stellungnahme der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) vom 28.05.2018 vor. Darin wird aufgeführt, dass die KVB keine Einwände gegen die Aufhebung des Bebauungsplans hat. Die zuletzt verfolgte Planung zur Nordanbindung des Betriebshofes in Merheim, unabhängig von der Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung, verlaufe an keiner Stelle durch das von der Aufhebung betroffene Gebiet. Die freigehaltene Stadtbahntrasse könne aufgegeben werden.
356	08.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 1.1, 1.4-1.8, 1.13, 1.14, 163.4 und 55.1	Siehe 1.1, 1.4-1.8, 1.13, 1.14, 163.4	Siehe 1.1, 1.4-1.8, 1.13, 1.14, 163.4
357	05.03.2018/ 06.03.2018 Siehe 1.1, 1.4	Siehe 1.1, 1.4	Siehe 1.1, 1.4
357.1	<u>Standort der Flüchtlingsunterkunft</u>	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	<p>Hinweis, dass die geplante Bebauung im Bereich Holweide-Mülheim-Merheim mit ihrer Frischluftschneise elementare Umwelt-, Natur-, und Landschaftsbelange verletzt und mit der Errichtung einer so großen Flüchtlingsunterkunft soziale und infrastrukturelle Umstände nicht berücksichtigt.</p> <p>Kritik am gewählten Standort. Größe und Ausmaß überfordere die vorhandene Ortsinfrastruktur und Wohnumgebung erheblich.</p>		<p>der Aufhebung des Bebauungsplans.</p>
357.2	<p><u>Bebauung Flüchtlingsunterkünfte</u> Vorschlag, kleine und integrative Wohneinheiten von maximal 80-100 Wohneinheiten in ortsnahen und infrastrukturell ausreichend ausgeprägten Umgebungen.</p>	Nein	<p>Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.</p>
358	<p>05.03.2018 Siehe 1.1, 240.9 und 351.2</p>	<p>Siehe 1.1, 240.9 und 351.2</p>	<p>Siehe 1.1, 240.9 und 351.2</p>
359	<p>04.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14</p>	<p>Siehe 1.1 – 1.14</p>	<p>Siehe 1.1 – 1.14</p>
360	<p>01.03.2018 Siehe 1.1 und 1.4</p>	<p>Siehe 1.1 und 1.4</p>	<p>Siehe 1.1 und 1.4</p>
360.1	<p><u>Baubeginn</u> Hinweis, dass es nicht dem gesunden Rechtsempfinden entspricht, dass die Bauarbeiten schon begonnen haben, obwohl der Bebauungsplan noch in Kraft ist.</p>	Nein	<p>Die geplanten Flüchtlingsunterkünfte sind mit noch rechtskräftigem Bebauungsplan nach § 246 Absatz 12 BauGB befristet auf längstens drei Jahre genehmigungsfähig. Ein Baugenehmigungsverfahren wurde zeitlich parallel - aber unabhängig zum Bebauungsplanverfahren - durchgeführt. Die erwähnten bauvorbereitenden Erdarbeiten sind genehmigungsfrei.</p>
360.2	<p><u>Ventilationszone</u> Hinweis, dass es wegen des Klimawandels unverständlich ist, dass eine für die Belüftung so wichtige Freifläche bebaut wird.</p>	Nein	<p>Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans. Daher sind zwar allgemein im Verfahren die Auswirkungen der Aufhebung auf die Belange Luft und Klima zu überprüfen, jedoch kann nicht konkret auf das</p>

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
			Bauvorhaben abgestellt werden, das einem bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren unterstellt ist.
360.3	<p><u>Bewohnerstrukturen und Standort</u> Befürchtung, dass bei ca. 400 Flüchtlingen im Verhältnis zu einer deutlich geringeren Zahl von Anwohnern es zu Missverständnissen und Spannungen kommen wird, zumal die Flüchtlinge keine Infrastruktur und damit eine sinnvolle Beschäftigung haben.</p>	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
361	25.02.2018/ 28.02.2018		
361.1	<p><u>Auswirkungen Flüchtlingsunterkunft allgemein</u> Sorge, dass neben dem vielen Verkehr und der immer größeren Verschmutzung jetzt auch noch ohne uns zu fragen, 400 MigrantInnen angesiedelt werden sollen. Die Anwohner des Gebietes seien zu bedauern, da die Häuser ihren Wert verlieren werden.</p>	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
362	25.02.2018/ 28.02.2018 Siehe 1.1	Siehe 1.1	Siehe 1.1
362.1	<p><u>Frischluftschneise und Freiflächen</u> Befürchtung, dass trotz bestehender Gutachten zur Frischluftschneise immer mehr Grünflächen, Kinderspielflächen und Freiflächen, die der Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität dienen sollen, wegfallen.</p>	Teilweise	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans. Daher sind zwar allgemein im Verfahren die Auswirkungen der Aufhebung auf die Belange Luft und Klima zu überprüfen, jedoch kann nicht konkret auf das Bauvorhaben abgestellt werden, das einem bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren unterstellt ist.
362.2	<p><u>Bewohnerstrukturen</u> Befürchtung, dass bei ca. 400 Flüchtlingen oder Asylbewerbern die Erhaltung einer sozial stabilen Bewohnerstruktur gefährdet ist. Zudem gibt es ein Missverhältnis zwischen der vorhandenen und der geplanten Wohnbebauung.</p>	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
363	06.03.2018 Siehe 1.1, 1.12 und 357.2	Siehe 1.1, 1.12 und 357.2	Siehe 1.1, 1.12 und 357.2
363.1	<u>Ghettoisierung und Standort</u> Befürchtung, dass 400 Menschen in dieser Insellage zwischen stark befahrenen Straßen nicht erfolgreich integriert werden können. Befürchtung, dass durch die Umgestaltung der Grünflächen in ein Ghetto und das Verhältnis der wenigen Anwohner u.a. bestehend aus Familien mit kleinen Kindern, uns schlaflose Nächte bereiten wird. Es ist nachgewiesen, dass es in Köln und Umgebung genügend leere Einrichtungen gibt.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
363.2	<u>Immissionen</u> Verärgerung, dass obwohl Köln laut EU die höchsten Schadstoffwerte hat, unsere Gesundheit durch diese undurchdachte Bebauung geopfert wird.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans. Daher sind zwar allgemein im Verfahren die Auswirkungen der Aufhebung auf die Belange Luft und Klima zu überprüfen, jedoch kann nicht konkret auf das Bauvorhaben abgestellt werden, das einem bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren unterstellt ist.
364	04.03.2018/ 06.03.2018 Siehe 1.1, 1.4, 1.5, 1.12 - 1.14	Siehe 1.1, 1.4, 1.5, 1.12 - 1.14	Siehe 1.1, 1.4, 1.5, 1.12 - 1.14
364.1	<u>Wegfall von Grünflächen</u> Befürchtung, dass in Zukunft durch die Bauwut weitere Grünflächen, der Bolzplatz und der Kinderspielplatz wegfallen könnten und der Rest der grünen Lunge wegfällt. Auf die stark befahrenen Durchgangsstraßen wird hingewiesen.	Teilweise	Der Geltungsbereich der Aufhebung wird im weiteren Verfahren auf die Flächen beschränkt, die für die Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte benötigt werden, so dass sich planungsrechtlich für die übrigen Flächen (hierzu gehören die Kinderspielplätze und andere öffentlich zugänglichen Freiflächen) nichts verändert. Der Geltungsbereich der Teilaufhebung wird demnach Teilflächen der öffentlichen Grünfläche nordöstlich der Stadtbahnfläche, der nicht weiter benötigten Trasse für eine Stadtbahnverlängerung sowie der daran angrenzenden Flächen für Schutzpflanzungen entlang

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
			der Ostmerheimer Straße umfassen.
364.2	Infrastruktur Hinweis, dass das vorhandene Infrastrukturangebot (ÖPNV, Schulen, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitmöglichkeiten etc.) für die Anzahl von Menschen nicht ausreichend ist.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
364.3	Wohneinheiten Wunsch, die Wohneinheiten zu verkleinern und auf mehrere Orte zu verteilen.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
365	06.03.2018		
365.1	Allgemeine Bedenken Hinweis auf erhebliche Bedenken gegen die geplante Aufhebung des Bebauungsplans, da mit dem Bau der „Massenflüchtlingsunterkünften“ über die Köpfe der Menschen entschieden wurde.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
366	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1 und 163.11	Siehe 1.1 und 163.11	Siehe 1.1 und 163.11
367	26.02.2018 Siehe 1.1	Siehe 1.1	Siehe 1.1
367.1	Baubeginn Hinweis, dass um Tatsachen zu schaffen, mit der Baumaßnahme schon begonnen wurde, obwohl der Bebauungsplan noch nicht geändert wurde.	Nein	Die geplanten Flüchtlingsunterkünfte sind mit noch rechtskräftigem Bebauungsplan nach § 246 Absatz 12 BauGB befristet auf längstens drei Jahre genehmigungsfähig. Ein Baugenehmigungsverfahren wurde zeitlich parallel - aber unabhängig zum Bebauungsplanverfahren - durchgeführt.
367.2	Öffentlicher Nahverkehr Verwunderung, da obwohl von Allen der Ausbau des ÖPNV gefordert wird, man hier durch die Baumaßnahme	Nein	Es liegt eine schriftliche Stellungnahme der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) vom 28.05.2018 vor. Darin wird aufgeführt, dass die KVB keine Einwände gegen die Aufhebung des Bebauungsplans hat.

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	sich alle Möglichkeiten für die Zukunft verbaut.		ungsplans hat. Die zuletzt verfolgte Planung zur Nordanbindung des Betriebshofes in Merheim, unabhängig von der Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung, verlaufe an keiner Stelle durch das von der Aufhebung betroffene Gebiet. Die freigehaltene Stadtbahntrasse könne aufgegeben werden.
368	23.02.2018 Siehe 1.1		
368.1	<u>Bebauung nach § 34 BauGB</u> Befürchtung, dass nach Aufhebung des Bebauungsplans zukünftig alle mit Bäumen und Sträuchern bepflanzten Schutzstreifen, Kinderspielplätze, Bolzplatz und landwirtschaftlich genutzte Flächen nach § 34 BauGB bebaut werden können.	Teilweise	Die Befürchtung ist unbegründet, da § 34 BauGB den im Zusammenhang bebauten Siedlungsteil als Zulässigkeitsrahmen betrachtet und sich damit eine Bebauung der erwähnten Freiflächen ausschließt. Allerdings wird darauf verwiesen, dass der Geltungsbereich der Aufhebung im weiteren Verfahren auf die Flächen beschränkt wird, die für die Errichtung der Flüchtlingsunterkünfte benötigt werden, so dass sich planungsrechtlich für die übrigen Flächen (hierzu gehören die Kinderspielplätze und andere öffentlich zugänglichen Freiflächen) nichts verändert. Der Geltungsbereich der Teilaufhebung wird demnach Teilflächen der öffentlichen Grünfläche nordöstlich der Stadtbahnfläche, der nicht weiter benötigten Trasse für eine Stadtbahnverlängerung sowie der daran angrenzenden Flächen für Schutzpflanzungen entlang der Osterheimer Straße umfassen.
368.2	<u>Unterkünfte</u> Hinweis, dass durch sinkende Flüchtlingszahlen und gleichzeitig leerstehenden Unterkünften andere Lösungen gefunden werden sollten.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
368.1	<u>Luftqualität und Lärmschutz</u> Hinweis, dass bei Bebauung der Frischluftschneise nicht noch weitere Freiflächen bebaut werden sollten, da die Feinstaubbelastung hier schon extrem hoch sei und die	Teilweise	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans. Daher sind zwar allgemein im Verfahren die Auswirkungen der Aufhebung auf die Belange Luft, Klima und Immissionen zu überprüfen, jedoch kann nicht

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	angrenzenden Grünflächen zum Lärmschutz und zur Verbesserung der Luftqualität dringend benötigt werden.		konkret auf das Bauvorhaben abgestellt werden, das einem bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren unterstellt ist. Im Übrigen siehe Abwägung zu 386.1 (verkleinerter Geltungsbe- reich).
369	25.02.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.6, 1.13, 1.14 und 368.1	Siehe 1.1, 1.2, 1.6, 1.13, 1.14 und 368.1	Siehe 1.1, 1.2, 1.6, 1.13, 1.14 und 368.1
370	24.02.2018 Siehe 1.1, 1.2, 163.10	Siehe 1.1, 1.2, 163.10	Siehe 1.1, 1.2, 163.10
371	05.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
372	05.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
373	05.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
374	04.03.2018 Siehe 1.1, 1.14, 240.8	Siehe 1.1, 1.14, 240.8	Siehe 1.1, 1.14, 240.8
374.1	<u>Standort Flüchtlingsunterkünfte</u> Befürchtung, dass die Unterbringung von insgesamt 400 Geflüchteten unlösbare Probleme bringen wird und es doch besser wäre, die Menschen an mehreren Orten verteilt unterzubringen da die Stadt Köln mehr Grundstücke besitzt als sie öffentlich zugibt.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
375	03.03.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.13, 1.14, 163.10, 364.1. 374.1	Siehe 1.1, 1.2, 1.13, 1.14, 163.10, 364.1. 374.1	Siehe 1.1, 1.2, 1.13, 1.14, 163.10, 364.1. 374.1
376	04.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1, 1.2, 1.7, 1.11 und 367.2	Siehe 1.1, 1.2, 367.2	Siehe 1.1, 1.2, 367.2
376.1	<u>Frischlufschneise und Immissionen</u>	Teilweise	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Verärgerung darüber, dass Grünflächen mit wichtiger ökologischer Funktion zur Bebauung freigegeben werden. Das gesamte Areal gilt als ausgewiesene Frischluftschneise im Zusammenhang mit der Immissionsbelastung des angrenzenden Heizkraftwerkes. Luftqualität und Umweltprüfung werden ignoriert.		der Aufhebung des Bebauungsplans. Daher sind zwar allgemein im Verfahren die Auswirkungen der Aufhebung auf die Belange Natur-, Landschafts- und Umweltschutzes zu überprüfen, jedoch kann nicht konkret auf das Bauvorhaben abgestellt werden, das einem bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahren unterstellt ist.
376.2	Biotop Ablehnung der angekündigten Bodenverdichtung für den betroffenen Bereich. Hier hat sich inzwischen ein wertvolles Biotop entwickelt, welches von Raub- und Greifvögeln, von unter Naturschutz stehenden Maulwürfen und Wildschweinen bewohnt wird.	Siehe 376.1	Siehe 376.1
376.3	Deponie Forderung, in die Umweltbetrachtungen auch die Deponiegasproblematik der unmittelbar angrenzenden Altdeponie Nonis mit einzubeziehen.	Siehe 376.1	Siehe 376.1
377	05.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
378	02.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
379	06.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
380	05.03.2018/ 05.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
381	04.03.2018/ 04.03.2018 Siehe 376 – 376.3	Siehe 376 – 376.3	Siehe 376 – 376.3
382	04.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
383	04.03.2018/ 06.03.2018	Siehe 1.1, 1.2, 1.6,	Siehe 1.1, 1.2, 1.6, 1.12, 1.13, 1.14 und 374.1

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1, 1.2, 1.6, 1.12, 1.13, 1.14 und 374.1	1.12, 1.13, 1.14 und 374.1	
383.8	Überwachung Verärgerung über die intensive nächtliche Beleuchtung in Verbindung mit der Videoüberwachung des Grundstückes.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
384	09.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
385	07.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
385.1	Beschwerde-Eingabe Verweis auf eine Beschwerde-Eingabe vom 07.06.2017 beim Rat der Stadt Köln. Die Beschwerde richtet sich nicht gegen die geflüchteten Menschen, sondern gegen die aktuelle Planung, die ohne Bezug zur Örtlichkeit und Rücksicht auf die Bewohner durchgeführt wurde.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
385.2	Leitfaden der Stadt Köln Hinweis auf den Leitfaden der Stadt Köln zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln gemäß Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 20.07.2004.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
386	06.03.2018 Siehe 1.1, 1.6, 1.11, 1.12 und 364.2	Siehe 1.1, 1.6, 1.11, 1.12 und 364.2	Siehe 1.1, 1.6, 1.11, 1.12 und 364.2
386.1	Problembezirk Befürchtung, dass hier wie in Chorweiler und Meschenich ein Problembezirk entsteht mit vergleichbarer Anzahl und Dichte.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
387	07.03.2018	Siehe 1.1, 1.6-	Siehe 1.1, 1.6- 1.9, 1.11, 163.11 und 383.8

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
	Siehe 1.1, 1.6- 1.9, 1.11, 163.11 und 383.8	1.9, 1.11, 163.11 und 383.8	
387.1	<u>Flüchtlingsunterbringung</u> Hinweis, dass es verantwortungslos ist, 400 Menschen verschiedener Kulturen in 5 Container zwischen ein kleines Ein- bis Zweifamilienhauswohngebiet „einzupferchen“. Sie werden keine Integrationsmöglichkeit haben.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
387.2	<u>Unterkünfte</u> Hinweis, da die Flüchtlingszahlen rückläufig sind, sollten zunächst die bestehenden Einrichtungen belegt werden um Kosten einzusparen.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans.
388	06.03.2018/ 07.03.2018 Siehe 1.1		
388.1	<u>Unterkünfte</u> Siehe 387.2	Siehe 387.2	Siehe 387.2
388.3	<u>Landschaft</u> Hinweis, dass durch die vorgesehene Maßnahme ein Landwirtschaftsgebiet zerstört wird.	Nein	Die Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften ist nicht Gegenstand der Aufhebung des Bebauungsplans. Zukünftig kann nach vollzogener Aufhebung des Bebauungsplans, die in Rede stehende Fläche nach § 35 BauGB bewertet werden. Diese Regelung lässt insbesondere auch eine landwirtschaftliche Nutzung zu.
389	07.03.2018/ 08.03.2018 Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
	<u>Verfristeter Eingang, ab dem 13.03.2018 oder später.</u>		

Lfd. Nr.	Stellungnahme	Berücksichtigung	Stellungnahme der Verwaltung
390	07.03.2018/ <u>28.03.2018</u> Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12	Siehe 240.1 – 240.12
391	07.03.2018/ <u>13.03.2018</u> Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
392	07.03.2018/ <u>13.03.2018</u> Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
393	07.03.2018/ <u>13.03.2018</u> Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
394	07.03.2018/ <u>13.03.2018</u> Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14	Siehe 1.1 – 1.14
395	07.03.2018/ <u>14.03.2018</u> Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 - 1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2
396	07.03.2018/ <u>14.03.2018</u> Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 - 1.9,1.11 - 1.14, 326.2	Siehe 1.1, 1.2,1.4 -1.9,1.11 - 1.14, 326.2

Stand 31.07.2018